

KCHT



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/XI/174 - 1. August 1956

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 0 886 890

Um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Prag	S. 1
Die Bonner Aufrüstung und der Westen	S. 2a
Islands neue Regierung und die Folgen	S. 3
Handwerker-Altersversorgung: ein Provisorium	S. 5
Plasko der Wehrpropaganda	S. 6

## Warum nicht?

ler. Prag hat durch den tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Siroky den Wunsch nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik erkennen lassen. Kreise der Bundesregierung haben, unter Berufung auf eine Erklärung Brentanos vor dem Bundestag, kühl abgewinkt. Diplomatische Beziehungen mit Prag seien solange inopportun, solange Prag nicht bereit sei, seine diplomatische Mission vor und die Anerkennung Pankows zurückzunehmen.

Das ist der Standpunkt des offiziellen Bonns, obwohl selbst unter den Mitgliedern des Kabinetts - erinnert sei nur an den Minister für Bundesratsangelegenheiten, von Merlatz - über die Weisheit einer solchen Haltung bedenkliche Zweifel bestehen. Das Argument, dass durch eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den Ostblockstaaten, vor allem mit Prag und Warschau, die Teilung Deutschlands verhärtet werde, da diese Staaten mit Pankow sogar in einem Block verbunden sind, sticht nicht; der Bundeskanzler selbst hat es entwertet, als er <sup>in</sup> voller Kenntnis der sowjetrussischen Stellung zu diesen Fragenkomplex, sich zum Botschafteraustausch mit Moskau entschloss, obwohl Pankow in der gleichen Stadt vertreten ist. Den Russen wurde ein solches Ansinnen überhaupt nicht gestellt; warum will man Warschau und Prag vorenthalten, was Bonn Moskau

in wohlverstandenen Eigeninteresse gewährte? Dass es diese Beziehungen gerade nur über den Nullpunkt pflegt, liegt freilich auf einer anderen Ebene.

Die Situation ist umso paradoxer, als die Bundesrepublik mit Polen und der Tschechoslowakei schon lange in Handelsbeziehungen steht, die noch auf der Grundlage der von den Besatzungsmächten getroffenen Vereinbarungen unterhalten werden. Sollen diese Grundlagen von der auf ihre "Souveränität" so eifrig bedachten Bundesregierung verewigt werden? Die Verhandlungen über die Elbeschiffahrt beweisen die Dringlichkeit, wichtige Fragen, die sich aus der Tatsache der Nachbarschaft ergeben, im direkten Gespräch und in einem Geiste zu regeln, der den Interessen beider Staaten gerecht wird.

Aber so wichtig diese Fragen auch sind, sie sind nicht einmal die entscheidenden. Die primäre Aufgabe der Bundesrepublik bleibt doch, überall dort, wo sich Möglichkeiten eröffnen, die Ansichten des noch freien Teiles Deutschlands über die Lösung der deutschen Frage vorzutragen, die Tatsache der Existenz der Bundesrepublik als eines Treuhänders für ganz Deutschland recht nachdrücklich, auch und gerade in den Satellitenstaaten, hervorzuheben und Pankow nicht allein das <sup>angemasste</sup> Monopol der Vertretung deutscher Lebensinteressen zu überlassen.

Das "Kalte-Schulter-Zeigen" Bonn muss Warschau und Prag noch enger an Pankow binden und jene Kräfte in diesen Ländern stärken, die in der Bundesrepublik einen amerikanischen Brückenkopf und den Hort von Imperialisten und Militaristen erblicken. Ausserdem: in diesen Ländern leben noch Hunderttausende Deutsche. In einem der Verständigung dienenden Verhältnis der Bundesrepublik zu diesen Staaten könnte das Los dieser Deutschen unzweifelhaft verbessert und damit ein Grundstein für jene gute Nachbarschaft gelegt werden, die kommen muss, wenn man ernsthaft die Liquidierung der Folgen des zweiten Weltkrieges gerade in diesem Teil Europas anstreben will.

\* \* \*

- 2a -

### Weitgehende Selbsttäuschung

-- -tt-. Die hysterische Aufregung, mit der das offizielle Bonn die Ankündigung über offizielle Tendenzen zur Herabsetzung der Truppenstärken aufgenommen hat, ist ebenso plötzlich in eine Befriedigung umgeschlagen, die auf den ersten Blick nicht weniger unverständlich ist. Die Erregung, die zu einer hektischen Abwehr-Betriebsamkeit des Kanzlers geführt hat, war das Ergebnis einer weitgehenden Uninformiertheit über die tatsächliche internationale Entwicklung vor allem auf militärtechnischem Gebiet. Die jetzt eingetretene Beruhigung ergibt sich aus einer ebenso weitgehenden Selbsttäuschung.

Der offizielle CDU-Pressedienst zählt eine Reihe von Äusserungen aus westlichen Kreisen auf, um den Nachweis zu erbringen, dass die "Hinweise" des Kanzlers "ein durchaus positives und deshalb erfreuliches Echo" gefunden hätten. Nicht einer dieser Punkte aber ist ein Gegenargument gegen die nun einmal offenbar gewordenen tatsächlichen Pläne und Absichten, ja sie sind sogar nur selbstverständliche Feststellungen zu niemals bestrittenen Fakten und überdies nichts anderes als höchst unverbindliche Erklärungen. Wer z.B. hat sich gegen die Anwesenheit amerikanischer und britischer Streitkräfte "auf dem Kontinent" ausgesprochen? Ganz abgesehen davon, dass alle Überlegungen, die sich mit dem Abzug der Stationierungstruppen befassen, immer von einer west-östlichen Parallelität ausgegangen sind. Wer hat angenommen, dass solche Truppenreduzierungen ohne Einvernehmen mit allen Partnern erfolgen würden? Wer hat davon gesprochen, dass solche Massnahmen ohne Rücksicht auf die geltenden Verträge erfolgen sollten? Wer hat die Gefahren einer einseitigen Atomrüstung bestritten? Die CDU und die Regierung aber konstruieren aus den dazu abgegebenen westlichen Erklärungen einen "Erfolg" der Kanzleraktion und behaupten, jetzt sei restlos klar, dass Adenauer nicht "vereinsamt" dastehe.

Die Kindlichkeit dieser Argumentation könnte geradezu rührend sein, wenn damit nicht die grosse Gefahr auftauchen würde, dass sich die Aussenpolitik der Bundesregierung in ein Wolkenkuckucksheim der Selbsttäuschung flüchtet, deren Folgen wir alle zu tragen haben werden. Dazu kommt, um einen Sonderfall aufzugreifen, auch noch die taschenspielerische Behauptung der CDU-Presse, der französische Ministerpräsident Mollet habe sich hinter den Kanzler gestellt. Mit dieser Umkehrung des wahren Tatbestandes soll die deutsche Öffentlichkeit darüber hinweggetäuscht werden, dass der Aufrüstungseifer der Bundesregierung gerade bei den französischen Nachbarn das doch begreiflicherweise immer noch latente Misstrauen gegen Deutschland wieder lebendig machen muss. Wer in Europa soll noch Verständnis dafür haben, dass ausgerechnet die Deutschen auf den überholten Plänen zur Aufstellung eines möglichst grossen Heeres bestehen. Was angesichts der allgemeinen Truppenverringertendenzen nur zu tiefstem Misbehagen führen kann?

Was hier zur Debatte steht, ist nicht die "Vereinsamung" des Kanzlers und seiner zum Scheitern verurteilten Aussenpolitik. Zur Debatte steht ausschliesslich die Gefahr einer neuen Isolierung des deutschen Volkes, dessen Schicksal nicht identisch ist mit einem Regierungschef, der Konrad Adenauer heisst.

Bewegung in der nordischen Militärpolitik

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Am 1. August beginnen zwischen der neuen isländischen Regierung einerseits und den USA und der NATO andererseits Verhandlungen über die militärische Räumung des strategisch höchst wichtigen Flug-Stützpunktes Keflavik im Südwesten der rauhen Insel, wo gegenwärtig noch 4000 amerikanische Soldaten ihren Dienst versehen. Kommt es bei den Verhandlungen zu keinem Kompromiss, so müssen die Amerikaner bis zum 31. Januar 1958 ihre Truppen abgezogen haben. Es wird darum gebeten, in welcher Form die militärischen Flugplatzanlagen mit Hilfe amerikanischer Fachleute in Zivil "eingemottet" und gepflegt werden können. Weiter wird man einen neuen Status für die Unterhaltung des auf Island installierten Radarwarn- und Wetterbeobachtungsnetzes - beide dienen der NATO - ebenfalls mit Hilfe amerikanischer Zivilisten finden müssen.

Das alles wird nicht bedeuten, dass Island jetzt völlig aus der NATO ausscheiden will. Es möchte aber in seinen Sicherheitsangelegenheiten "mit seinen Nachbarationen zusammenarbeiten, u.a. durch die Mitarbeit in der NATO", wie es Ministerpräsident Jonasson in einer Parlamentsentschliessung auferlegt wurde.

Diese neue "weiche NATO-Linie" Islands beginnt sich in diesen Wochen in praktischen Beschlüssen auf die beiden anderen skandinavischen NATO-Staaten Norwegen und Dänemark auszuwirken. Riesige NATO-Manöver, die nach den Plänen von Feldmarschall Montgomery Ende 1957 in der Region Nord, also im Bereich der Nordsee, des nördlichen Eismers und der Ostseeausgänge, stattfinden sollten, mussten abgesagt werden. Das norwegische Ausserministerium hat den Beschluss seiner Regierung mitgeteilt, man werde nicht teilnehmen. Dieser Hinweis ist mit den im nächsten Jahr in Norwegen stattfindenden Parlamentswahlen begründet worden. Die norwegische Regierung wolle sich wegen dieser Wahlen nicht binden. Andererseits dürfte das Argument, man wünsche aus ausserpolitischen Gründen keine Manöver in den an die Sowjetunion grenzenden Provinzen Finnmark und Troms (so wie es die NATO-Manöverpläne für den höchsten Norden vorgesehen) nicht von der Hand zu weisen sein.

Darüber hinaus haben, kaum beachtet, die ersten Kontaktnahmen zwischen Norwegen und Island stattgefunden. Zwischen den Ausserministern Islands und Oslo sind Besprechungen geführt worden, die auf eine enge

aussenpolitische und militärische Zusammenarbeit beider hindeuten können. In bürgerlichen norwegischen Zeitungen wird bereits offen davon geschrieben, dass Norwegen sich hinsichtlich seiner Rolle in der NATO zur selben Linie wie Island bekennt.

Auch die dänische Militärpolitik ist in Bewegung gekommen. Man erörtert vorerst noch vorsichtig die Abberufung der in Schleswig-Holstein stationierten dänischen Truppen. Die dänische Südgrenze könne durch die starke Massierung westdeutscher NATO-Kräfte südlich der Grenze geschützt werden. Diese Auffassungen werden vertreten, nachdem Bundesverteidigungsminister Blank erklärt hat, dass allein in Flenzburg 6000 deutsche Marinesoldaten stationiert werden sollen.

Das liberale Kopenhagener Blatt "Politiken" hat auch die Frage der Stationierung von NATO-Luftstreitkräften auf dänischem Boden erneut aufgeworfen, indem es schreibt: "Wir sind der bestimmten Auffassung, dass die Stationierung amerikanischer Fliegertruppen auf dänischem Boden in Friedenszeit ein grober Bruch dieser Verpflichtung (nichts tun, um die Spannungen zwischen Ost und West wieder zu verschärfen) ist, weswegen wir eindringlich davor warnen, neue politische Unruhe in dieser Sache zu schaffen". Das dänische Finanzministerium hat sogar vorgeschlagen, das Militärbudget um rund 50 Millionen Kronen durch Einsparung an Kasernenbauten und Verkürzung der Einberufungszeiten zu reduzieren.

Das ist die Situation in Norwegen, Dänemark und Island, wie sie sich mit dem Blick auf deren NATO-Bindungen darstellt. Auf der anderen Seite gibt es für diese skandinavischen Staaten noch den Blick nach Schweden und Finnland. Schweden, das in jeder Beziehung westlich orientiert ist, unterhält eine starke Armee, um seine von niemanden angezweifelte strikt Neutralität zu sichern. Für Finnland bedeutet die neue weiche NATO-Linie eine weitere günstige Entwicklung gegenüber Sowjetrussland. Die Finnen werden sich dadurch in noch schnellerem Tempo aus den sowjetrussischen Bindungen lösen und mit den anderen Skandinaviern um Schweden gruppieren können.

Altersversicherung für alle - das Gebot der Zeit

Bo. Der Bundestag hat, bevor er in die Ferien ging, einstimmig bei einer Enthaltung einen Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Altersversorgung für das deutsche Handwerk verabschiedet. Das neue Gesetz will lediglich den mit der Währungsumstellung für zahlreiche Handwerker entstandenen Schwebезustand in ihrer Altersversicherung beseitigen. Später soll noch eine grundlegende Reform der Altersversorgung des Handwerks erfolgen.

Neben den Steuer- und Kreditproblemen, neben der schwierigen Aufgabe, sich laufend an die technische Entwicklung anzupassen, ist die Sicherung ihres Lebensabends eine Hauptsorge für die Handwerker in der Bundesrepublik. Schon seit langem forderten sie dringend zumindest eine Übergangsregelung zur Klärung der schwierigen Verhältnisse, die nach der Währungsumstellung sowohl für die lebensversicherten als auch für die angestelltenversicherten Handwerker entstanden waren.

Der Inhalt der vom Bundestag verabschiedeten Regelung ist im wesentlichen der, dass alle diejenigen Handwerker, die sich nach 1948 in der Angestelltenversicherung versichern mussten und entweder gar keine oder keine ausreichenden Beiträge zahlten, durch eine Amnestie, die bis Ende des Jahres 1953 reicht, von ihren Beitragsrückständen befreit sind. Ein Verlust der Anwartschaft tritt dadurch nicht ein. Die vom 1. Jan. 1954 an laufend fälligen Beiträge müssen termingerecht abgeführt werden. Die Kosten der Beitragsamnestie übernimmt also der Bund - das war die unabweichliche Konsequenz der vielen Versprechungen, die die Bundesregierung seit Jahr und Tag für eine "Neuregelung" gemacht hatte, was natürlich viele Handwerker dazu veranlasste, mit der Beitragszahlung zurückhaltend zu sein.

Entgegen ihren Versprechungen versäumte die Bundesregierung aber eine Neuregelung, und nun hat der Steuerzahler die Kosten zu tragen. Eine echte Neuregelung ist nach wie vor schon deshalb möglich, weil schliesslich das Tohuwabohu wieder beseitigt werden muss, das die Nazis 1938 schufen, als sie die Handwerker zwangen, entweder in die Angestelltenversicherung Beiträge zu zahlen oder sich in eine Lebensversicherung einzukaufen. Die lebensversicherten Handwerker haben durch den Währungsschnitt den Gegenwert für die bis dahin bezahlten - 6 -

Prämien weitgehend eingebüsst. Sie fordern, wie die Pensionskassen der Ärzte und der Redakteure von Tageszeitungen, eine Aufwertung. Diese Frage ist in der gegenwärtigen Übergangsregelung nicht berührt worden.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat durch ihren Sprecher, den schleswig-holsteinischen Landesinnungsmeister Karl Regling, der neuen Regelung zugestimmt, aber ausdrücklich ihren vorläufigen Charakter betont. In der Tat lässt sich das Handwerker-Altersversorgungsproblem überhaupt nicht isoliert lösen. Das ganze Problem muss im Zusammenhang mit der Erweiterung der sozialen Frage gegeben werden, die in der heutigen Gesellschaft auch die Mittelschichten umfasst. Keine Einzelgruppe aus den Reihen der kleinen und mittleren Selbständigen kann aus eigener Kraft für ihr Alter vorsorgen. Es sind wirtschaftliche Gründe, die das verhindern. Nicht die Anzahl der Handwerker ist zu gering, aber die Finanzbasis ist zu schwach. Ähnlich liegen die Dinge sowohl im Handel als auch bei der Landwirtschaft und in den Freien Berufen. Deshalb gewinnt der Gedanke, neben der Angestellten- und Invalidenversicherung eine "dritte Säule" zu errichten, nämlich eine gemeinschaftliche Alterssicherung für alle selbständig Schaffenden, immer mehr an Boden.

\* \* \*

#### "Die ersten Schritte" ins Weespennest

K.G. Nichts kann besser den Umschwung im politischen Bewusstsein der Bevölkerung der Bundesrepublik veranschaulichen, als die Begleitumstände, unter denen die Wehragitatoren der Bundeswehr bei ihrer Propagandakampagne zu leiden haben. Bewohner ländlicher Wahlkreise, die bisher immer der CDU/CSU die absolute Mehrheit ihrer Stimmen darboten, haben an der Wehrpflichtfrage ihren grossen Bruch mit der unterstützten Partei vollzogen. Das macht sich allerorten bemerkbar.

Hauptmann Walter beispielsweise, vom Wehrbereich VI München, könnte davon ein Lied singen. In dem Maindorf Kiedernberg (Kreis Obernburg) dessen vorwiegend bäuerliche Wählerschaft am 6. September 1953 von 967 abgegebenen Stimmen allein 622 auf den CSU-Kandidaten Karpf häuften, erlebten die Werber ein unerwartetes Fiasko. Da wurden Rufe laut, wie "Holzbein abschnallen und draufhauen" und "Gibt erst einmal unseren Kriegerwitwen genug Brot". In Grosswallstadt und Obernburg, zwei Orte,

die zu jeder Wahl der CSU mehr als 50 % aller Stimmen lieferten, ging es noch aggressiver zu. Man verweigerte den Soldaten, das Filmgerät an das örtliche Stromnetz anzuschliessen. "Die ersten Schritte" heisst Blanks Werbefilm. Ein Ooernburger Diskussionsredner verlangte: "nicht nur die ersten Schritte der Bundeswehr zeigen, sondern auch die letzten!"

All diese Vorgänge haben bei den Auguren im Verteidigungsministerium in Bonn grosse Überraschung ausgelöst. Man glaubte, die eigentliche Diskussion "Für oder Wider" sei inzwischen ausgelaufen und die psychologischen Barrieren für die Bundeswehr beiseitegeräumt. Diese Prognose erweist sich jetzt als falsch.

Allerorten beginnt die Primärdiskussion wieder von vorn und entzündet sich vor allem an der Wehrpflicht. Nun erst, wo sich für den Wähler die Sache konkreter geformt hat, macht er seine Abneigung deutlich. Es ist jetzt schon abzusehen, wie tief Konrad Adenauer und die Regierungskoalition den Graben nicht nur an der Grenze, sondern auch durch die Bevölkerung im Westen mit dem Durchstreichen des Wehrpflichtgesetzes gezogen hat. Dieses Problem war kein geeignetes Objekt für Mehrheitsentscheidungen, Es hat nämlich auch einen tragischen Akzent, wenn das "Aschaffenburger Mainecho" über die sicherlich persönlich untadeligen Werbeoffiziere schreiben kann: "Die Menschen, die in den sonst so friedlichen Orten 'Lumpen', 'Totengräber' und was nicht alles riefen, waren ohne Zweifel zum Teil CSU-Wähler..."

\* \* \*

---

Verantwortlich: i.V. Albert Exler